

P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr.
14.11.2008

Brandenburg verliert weiter Grünland

3,5 % Verlust – Jetzt muss Woidke handeln!

"Der Verlust an Grünland in Brandenburg schreitet weiter ungebremst voran. Dies ergibt sich aus den neuen Zahlen für 2008, die die Bundesregierung der agrarpolitischen Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Cornelia Behm, als Antwort auf eine Schriftliche Frage mitgeteilt hat. Der Anteil des Grünlandes an der gesamten beihilfefähigen Agrarfläche hatte gegenüber 2003 in Brandenburg und Berlin bis zum letzten Jahr um 2,6 % abgenommen. Heute sind es schon 3,5 % Grünlandverlust.

"Nach den aktuellen Zahlen ist der Trend zum Grünlandumbruch in Brandenburg ungebrochen", stellt Cornelia Behm angesichts dieser Zahlen fest. "Seit 2003 hat die Grünlandfläche in Brandenburg und Berlin um 12.400 ha abgenommen – davon allein 2.800 ha im letzten Jahr. Damit gingen innerhalb von fünf Jahren insgesamt 4,2 % des märkischen Grünlandes verloren." Diese Zahl ist deshalb höher als die 3,5 %-ige Abnahme des Grünlandanteils an der gesamten beihilfefähigen Agrarfläche, weil auch letztere trotz erstmaliger Einbeziehung von Dauerkulturflächen seit 2003 um 10.100 ha und damit um 0,75 % abnahm. Dieser Flächenverlust geht vor allem auf die fortschreitende Zersiedelung zurück.

Behm: "Diese Entwicklung ist aus Sicht des Naturschutzes und der Klimapolitik dramatisch. Denn Dauergrünland ist meist artenreicher als Ackerland und damit für den Erhalt der biologischen Vielfalt bedeutend. Da zudem nach Grünlandumbruch ein erheblicher Teil des im Boden gespeicherten Kohlenstoffs in die Atmosphäre entweicht, wirkt das zusätzlich klimaschädigend."

Agrarminister Woidke muss daher dringend handeln. Was zu tun ist, könnte er sich in anderen Bundesländern abgucken. Denn in Ländern wie Saarland, Hessen, NRW, Thüringen und Sachsen-Anhalt scheint die Entwicklung vorerst gestoppt. Dort hat die Grünlandfläche seit letztem Jahr kaum mehr abgenommen oder sogar leicht zugenommen. "Dies zeigt, dass es möglich ist, dem Grünlandumbruch Einhalt zu gebieten", stellte Behm fest. "Brandenburg sollte analysieren, was in diesen Ländern seit 2007 besser gelaufen ist als in Brandenburg."

NRW beispielsweise hat im Mai eine Verordnung angekündigt, die nicht nur den Grünlandumbruch unter Genehmigungsvorbehalt stellt, sondern den Umbruch von Dauergrünland auf sensiblen Standorten verbietet. Auf den anderen Standorten soll der Grünlandumbruch nur genehmigt werden, sofern an anderer Stelle neues Grünland in gleichem Flächenverhältnis angelegt wird. Eine solche Verordnung wäre auch für Brandenburg eine gute Möglichkeit, dieser klimaschädlichen und die Biodiversität beeinträchtigenden Entwicklung zu begegnen."